

## Für die präventive Demokratie

### Gespräch mit Benjamin R. Barber über 11. September, USA und Terrorismus\*



*Prof. Dr. Benjamin R. Barber, geb. 1939 in New York, Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in der Schweiz, in London und an der Harvard University, Lehrtätigkeit an verschiedenen amerikanischen Universitäten, arbeitete als Berater für US-Präsident Bill Clinton. Nach Gründung des „Walt Whitman Center for the Culture and Politics of Democracy“ wurde er im Jahr 2001 Professor für Zivilrecht an der Universität von Maryland. Neueste Veröffentlichung: Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt, München 2003.*

**Frage:** Nach der Lektüre Ihres Buches „Dschihad vs. McWorld“ war ich erstaunt darüber, mit welcher Präzision Sie schon 1995 eine Konfliktentwicklung skizzierten, die in den Terroranschlägen von New York City und Washington D.C. am 11. September 2001 erschreckende Realität wurde.

**Benjamin R. Barber:** Was wir an jenem unheilvollen Morgen des 11. September überall in der Welt am Bildschirm verfolgen konnten, war ein taktischer Schachzug selbst ernannter islamischer Gotteskrieger im Feldzug des Terrorismus gegen die USA. Die Terroristen haben sich an diesem Tag der fernöstlichen Philosophie des Jiu-Jitsu bedient. Bei dieser Kampfkunst geht es darum, die Kraft des Gegners zu nutzen, um ihn zu besiegen. Die ideologisch verbrämten und religiös instrumentierten Terroristen haben die konventionelle militärische Vormachtstellung der Vereinigten Staaten von Amerika zu ihrem eigenen Vorteil genutzt; sie haben die offene Gesellschaft der USA zum Feind erklärt und sich ihrer Kommunikations- und Transportmöglichkeiten bedient, um sie auf eigenem Boden an den Stellen zu verwunden, an denen sie bis zu jenem Tag als unverwundbar galt. Es gelang ihnen nicht nur, die Kathedralen des freien Unternehmertums in New York City und den Tempel der amerikanischen Militärmacht in Washington D.C. zu treffen und zu zerstören. Es ist den Terroristen darüber hinaus gelungen, den USA ihre Logik aufzuzwingen, nämlich Angst zu erzeugen. Weil die Angst die einzige Waffe des Terrorismus ist, bemühen sich Terroristen darum, eine Epidemie der Angst zu verbreiten.

**Wie äußert sich diese Angst, und welche Auswirkungen hat sie auf die Gesellschaft?**

**Benjamin R. Barber:** Wie sich diese Angst auf Menschen auswirkt, wurde spätestens mit Einführung der farbcodierten Alarmstufen deutlich, mit denen die US-Regierung, die ge-

\* Das Interview wurde von Armin Pongs im Juli 2003 in München geführt.

wollt oder auch nicht gewollt die Spielregeln der Terroristen übernommen hat, der Bevölkerung bekannt gibt, wie sicher sie sich zum jeweiligen Zeitpunkt fühlen darf - was zu einem ständigen und tiefen Gefühl der Unsicherheit geführt hat. Dieser Zustand, in dem die Angst die Gefühlslage der Menschen bestimmt, hat Schäden angerichtet, die durchschlagender sind als die eigentlichen Anschläge. Die Angst ist per definitionem der wichtigste Bündnispartner des Terrorismus. Wenn Angst die Wahrnehmung der Welt bestimmt, gewinnen die Terroristen den Krieg, ohne dass sie einen Schuss abfeuern müssen. Der Terrorist kann in einer Berghöhle oder in einer Wohnung in Karatschi sitzen und der von Angst angetriebenen Selbsterstörung seiner Feinde zusehen, nachdem er einen einzigen Terrorakt begangen oder einem solchen einige klug gewählte Anschlussdrohungen hinterher geschickt hat.

**Nach dem 11. September war der Feind schnell ausgemacht: Osama bin Laden, seine Terrorgruppe al Qaida und der islamische Dschihad. Was ist mit letzterem konkret gemeint?**

**Benjamin R. Barber:** In meinem Buch „Dschihad vs. McWorld“ benutze ich den Ausdruck Dschihad, um die Kräfte zu kennzeichnen, die sich gegen die Modernisierung und Globalisierung wenden. Diese Kräfte sind aber nicht ausschließlich im Islam zu finden. Der Terror ist keine Besonderheit des Islam. Fundamentalistische Gruppierungen finden sich in allen Religionen und in allen Regionen der Welt, auch innerhalb der USA.

Der religiöse Fundamentalismus fühlt sich vor allem von der Dominanz säkularer und materialistischer Werte bedroht, die durch die Globalisierung verbreitet werden. Die Folge ist, dass traditionelle religiöse Gesellschaften sich abschotten und einmauern. Es sind Agitationen gegen die kommerzialisierte Gesellschaft, gegen McWorld und den US-amerikanischen Nationalstaat. Der Anschlag in Oklahoma City ist ein Beispiel dafür, dass die Unzufriedenheit auch unter US-Amerikanern wächst. Es gibt einflussreiche Kräfte in den Vereinigten Staaten von Amerika, die die nationale Regierung und die Demokratie auf nationaler Ebene ablehnen und der Meinung sind, dass der schlechte Einfluss der Regierung die demokratische Identität auf lokaler Ebene zerstört. In den USA gibt es zwei Millionen Menschen christlichen Glaubens, die sich gegen die zutiefst materialistische, säkulare Kultur der USA wenden, indem sie ihre Kinder nicht auf die öffentlichen Schulen schicken. Auch in Europa nehmen separatistische Tendenzen - eine gemäßigte Form des Dschihad - zu. Der Dschihad kann sehr unterschiedliche Formen annehmen. Allen Formen gemeinsam ist die Suche nach einer Identität. Sie berufen sich auf die Geschichte und auf die Religion, auf alte Privilegien und Sitten, auch wenn diese in der Vergangenheit niemals existierten.

**Der Kraft des Dschihad stellen Sie in Anspielung auf den Namen eines global agierenden Unternehmens McWorld entgegen.**

**Benjamin R. Barber:** Während der ethnische und religiöse Dschihad die Gemeinschaft von Blut und Boden durch Ausgrenzung und Hass erzwingt, schafft McWorld Weltmärkte für Konsum und Profit und will alle Fragen des öffentlichen Interesses und des Gemeinwohls aus der Zuständigkeit demokratischer Staaten und ihrer einst verantwortungsvollen Regierungen lösen und von der unsichtbaren Hand des freien Marktes geregelt wissen. McWorld steht als Sinnbild für Privatisierung, Kommerzialisierung und eine universale Konsumkultur. Milliarden schwere Marketingstrategien und weltweite Vertriebsstrukturen haben dazu geführt, dass überall die gleichen populären Musikvideos, Markenturnschuhe und Softdrinks konsumiert werden. Der Ansturm von McWorld verwandelt öffentlich handelnde Bürger schrittweise in selbstbezogene Individuen, die mit Konsumartikeln konfrontiert sind, die sie zu einfältigen Menschen oder in den Worten von Herbert Marcuse zu „eindimensionalen Menschen“ machen: Sie schauen sich nur noch Spielfilme aus Hollywood an, essen bei McDonalds und trinken Coca-Cola, tragen Blue Jeans und Turnschuhe usw. Im Zuge der

Globalisierung werden immer mehr Nationen in das Korsett einer einheitlichen Kultur gepresst, das zusammengehalten wird aus Information, Werbung und dem Kommerz multinationaler Unternehmen. Die gleichen Filme, die gleichen Hotels, die gleichen Game-Shows, das gleiche Essen, wo immer man auch ist - das zerstört den kulturellen Pluralismus.

**Sehen Sie in dieser Entwicklung eine der Ursachen für die Anschläge und die verstärkten Ressentiments gegen die US-amerikanische Politik?**

**Benjamin R. Barber:** Ich denke, es gibt verschiedene Gründe. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind die USA die letzte Supermacht der Welt. Aufgrund dieser historisch einzigartigen Konstellation ist es den USA gelungen, ein globales Wirtschaftssystem zu installieren, das dazu beigetragen hat, ihre wirtschaftliche, kulturelle und militärische Vormachtstellung weiter auszubauen. Die Vorherrschaft ist aber einhergegangen mit Versäumnissen, die sich nun rächen. Die Überheblichkeit und Arroganz im Umgang mit internationalen Abkommen haben dem Ansehen der USA geschadet und verstärken die anti-amerikanische Stimmungslage. Als es 1992 in Rio de Janeiro und 2002 in Johannesburg um die Zukunft der Menschheit ging, hielten sich die USA weitgehend zurück. Sie verweigerten die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls, das dazu beitragen will, die Treibhausgase zu vermindern und damit die zunehmende Klimaerwärmung zu verhindern. Sie verweigern sich ebenso dem Vertrag zum Bann der Landminen und sprechen sich gegen die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofes aus. Sie haben die internationale Staatengemeinschaft vor den Kopf gestoßen. Die USA haben jedes Bemühen um gemeinsames Handeln zurückgewiesen - mit dem Argument, die eigenen nationalen Interessen bewahren zu wollen.

Ein weiterer Grund für die Ressentiments liegt im Wohlstandsgefälle zwischen Süden und Norden, das im 17. Jahrhundert praktisch nicht existierte, das aber heute eins zu hundert beträgt. Die Ungerechtigkeit in der Welt ist für immer mehr Menschen offensichtlicher geworden. Über Satellitenprogramme erfahren auch Menschen in den entlegensten und ärmsten Regionen der Welt vom Überfluss und Wohlstand in den USA, Europa und einigen Teilen Asiens. Es ist offensichtlich, dass das explosive Folgen hat, weil man den Menschen, die immer ärmer werden, nicht auf unbestimmte Zeit Wohlstand vorenthalten kann. Der Unmut wächst nicht, weil bestimmte Regionen reich sind, sondern weil der Reichtum als Quelle der eigenen Armut angesehen wird. Das treibt die Massen in die Verzweiflung. Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung treibt den Rattenfängern nur noch mehr Menschen zu, die Terrorakte unterstützen. Schauen Sie sich an, wo die Anschläge gefeiert wurden und wo nicht. Die größte Freude herrschte in einem palästinensischen Flüchtlingslager, wo riesiges Elend herrscht. Wohlhabende arabische Geschäftsleute, Banker und Lehrer haben nicht gefeiert.

**Ein geflügeltes Wort geht um seit dem 11. September, das Wort vom „Kampf der Kulturen“, die etwas ungenaue Übersetzung des Buchtitels „The Clash of Civilizations“ von Samuel P. Huntington. Was ist von der These zu halten, dass die Gegensätze zwischen den acht Zivilisationen und Kulturkreisen, die Ihr Wissenschaftskollege schon 1993 in seinem Aufsatz in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ unterschieden hat, zum Krieg eskalieren? War der 11. September ein Indiz für die Richtigkeit seiner Thesen?**

**Benjamin R. Barber:** Nein, mit Sicherheit nicht. Die These übersieht, dass sich die Wirklichkeit anders darstellt. Das Buch von Samuel P. Huntington ist eine düstere und surreale Gutenachtgeschichte. Meiner Meinung nach ist das, was er in diesem Buch ausbreitet, politisch gefährlich, theoretisch naiv und ein konzeptioneller Irrtum. Die Täter von New York und Washington haben nicht im Namen der islamischen Kultur gehandelt. Es sind Terroristen gewesen, die innerhalb der westlichen Kultur lebten und die sich der Zerstörung verschrieben hatten. Sie waren keine armen Leute, aber sie haben Zustimmung erfahren von Men-

schen ohne Hoffnung und ohne Chancen. Das heißt aber nicht, dass alle islamischen Staaten den Zerstörungswillen unterstützen. Die uneinheitliche islamische Welt ist weit entfernt davon, vereint in einen heiligen Krieg gegen den Westen zu ziehen. Es ist vielleicht der größtenwahnsinnige Wunsch von Osama bin Laden gewesen, einen solchen Krieg anzuzetteln und ihm zu Durchschlagskraft zu verhelfen, aber die Wahrheit sieht anders aus. Selbst George W. Bush versuchte, islamische Staaten für seine Allianz gegen den internationalen Terrorismus auf seine Seite zu ziehen.

**In Ihrem Buch „Dschihad vs. McWorld“ zerfällt die Welt in zwei Lager. Wo liegen die Unterschiede zwischen Ihrem Buch und dem von Samuel P. Huntington?**

**Benjamin R. Barber:** Den Unterschied zwischen Dschihad und McWorld findet man innerhalb jeder Kultur, jeder Gesellschaft, ja sogar innerhalb jedes Individuums. Es gibt keinen Krieg zwischen Kulturen, sondern einen Krieg innerhalb jeder Kultur zwischen Kräften, die uns nach unten ziehen, in Richtung Gruppenzugehörigkeit, und Kräften, die uns nach oben in Richtung einer globalen Zugehörigkeit ziehen. Wer annimmt, dass der Islam gegen den Westen steht oder der Westen gegen den Rest der Welt, hat die wahre Natur der Dinge nicht verstanden. Die Bipolarität des Kalten Krieges existiert zwar nicht mehr, wurde aber nicht vom Kampf der Kulturen ersetzt. Es ist vielmehr so, dass es, vom politischen und militärischen Standpunkt aus, entweder die „Hypermacht“ USA als einzigen Pol gibt oder aber eine fragmentierte Welt, die sich um viele verschiedene Pole herum gruppiert. Auf der anderen Seite verdrängt die Weltwirtschaft durch Immigrations- und Globalisierungsdruck tendenziell die USA aus dem Zentrum. Wir können uns darüber streiten, ob die USA und die Weltwirtschaft nicht dasselbe sind. Ich bin nicht dieser Ansicht, weil die Weltwirtschaft auch den USA Nachteile bringt und wir genauso wie andere Nationen in vielfältiger Weise unter ihr leiden. Unsere Welt ist unter mehreren Gesichtspunkten gespalten, aber Huntingtons These vom Kampf der Kulturen übersieht, dass diese Kräfte interdependent sind, dass sie zusammenarbeiten und einander verstärken.

**Von der US-Regierung wurden die Anschläge am 11. September 2001 als Angriff von außen gewertet. Der Kampf gegen den Terrorismus war nicht direkt ein Kampf der Kulturen, aber ein Angriff auf andere Staaten. Haben die USA rechtmäßig gehandelt, als sie Afghanistan und den Irak als Substitute der Terroristen behandelten?**

**Benjamin R. Barber:** Die USA haben im Geiste des 19. Jahrhunderts reagiert, als wären sie von einem anderen Staat attackiert worden. Sie haben nach einem Staat gesucht, den sie für den Anschlag verantwortlich machen konnten, haben Afghanistan gefunden und das dortige Taliban-Regime zerstört - aber der Terrorismus ist damit natürlich nicht verschwunden. Die Logik, die hinter dem Angriff auf so genannte Unterstützerstaaten steht, greift zu kurz. Der Krieg gegen die „Schurkenstaaten“ ist ein unzureichendes Instrument gegen den Terror. Ein Staat mag nachweislich Terroristen beherbergen und unterstützen, doch die Eliminierung dieses Staates führt nicht zwangsläufig zur Ausschaltung der Terroristen. Das Taliban-Regime ist verschwunden, al Qaida aber nicht; Saddam Hussein ist gestürzt, der Terror treibt aber weiter seine Blüten. Die Terroristen selbst repräsentieren nicht das System der Nationalstaaten. Sie attackieren dieses System, sie attackieren Afghanistan und Pakistan und die Vereinigten Staaten. Sie greifen die USA von innen an. Präsident Bush will alle Staaten angreifen, die den Terroristen Unterschlupf geboten haben. Die zwei wichtigsten Staaten in diesem Zusammenhang waren Florida und New Jersey, aber denen wird natürlich nicht der Krieg erklärt.

**Was meinen Sie damit?**

**Benjamin R. Barber:** Während die Bush-Administration Truppen nach Afghanistan und in den Irak entsandte, um dort Nester des Terrorismus zu bekämpfen, nisteten gleichzeitig

Terroristen in England und Deutschland, in New Jersey, Florida und Neu-England. Streng genommen müssten auch diese Staaten zu denen gezählt werden, die Terroristen beherbergen und denen unnachsichtige Vergeltung droht. Es wäre falsch, den Anschlag als Konflikt zwischen souveränen, unabhängigen Nationalstaaten zu interpretieren. Der Terrorismus veranschaulicht die neue Interdependenz der Nationen, ihre neue Irrelevanz und die Bedeutung von Gruppen, die in den transnationalen Räumen zwischen den Nationalstaaten und über sie hinweg arbeiten und nicht im System der Nationalstaaten. Das legt eine ganz andere Reaktion nahe als einen Militärschlag der US-Regierung gegen einen anderen Nationalstaat. Vielleicht wird unsere „Fathwa“ einen anderen Nationalstaat auf der „Achse des Bösen“ treffen, vielleicht Nordkorea, Syrien oder den Iran. Aber die Terroristen werden dann einfach weiterziehen, und dann kommt Jemen an die Reihe, dann Indonesien, dann der Sudan und danach natürlich Deutschland, Frankreich, Spanien und England, weil sich dort viele terroristische Zellen befinden. Der Punkt ist: Terrorismus ist Teil der neuen globalen Interdependenz der Völker, und er nutzt diese Interdependenz. Wer bei der Terrorismusbekämpfung vom System unabhängiger, souveräner Staaten des 19. Jahrhunderts ausgeht, missversteht die Bedrohung und reagiert ineffektiv.

**Bei den Anschlägen auf World Trade Center und Pentagon wurden die Symbole der wirtschaftlichen und militärischen Macht der USA getroffen. Das dritte Ziel, die Sommerresidenz des US-Präsidenten, Camp David, wurde verfehlt. Die Ziele der Terroristen waren nicht Carnegie Hall oder Hollywood, sondern die Zentren von Macht und Geld. Welche Rückschlüsse lassen sich daraus ziehen?**

**Benjamin R. Barber:** Die Anschläge haben gezeigt, wie löchrig die Schutzhülle der nationalen Souveränität, wie zwecklos die Errichtung eines Schutzschildes gegen Raketenangriffe und wie obsolet eine einst stolz verkündete Unabhängigkeitserklärung ist. Die Anschläge haben ein für alle Mal einen Schlusspunkt unter die bisherige Geschichte der US-amerikanischen Unabhängigkeit gesetzt. Die USA wissen, dass sie kein sicherer Hafen mehr sind, an den man sich verträumt zurückziehen kann. Ebenso wie der 11. September uns eine Lektion über die Wirksamkeit der Angst erteilt hat, haben wir durch ihn auch etwas über die Grenzen und Unzulänglichkeiten militärischer Macht gelernt. Seit den Anschlägen wissen wir, wie anfällig unser hoch technisiertes System ist. Anfällig für Terrorismus, anfällig für die organisierten Kräfte der Intoleranz, des Verbrechens und der Zerstörung. Wir können unsere Augen nicht mehr schließen vor dem, was in der Welt geschieht. Wir stehen nicht über den Dingen, sondern sind ins Weltgeschehen verwickelt. Probleme, die außerhalb unserer Grenzen beginnen, können schnell zu Problemen innerhalb unserer Grenzen werden und umgekehrt. Das war in der Vergangenheit anders. Die USA haben sich von zwei Ozeanen umgeben immer sicher fühlen können. Sie haben die Ängste und Unsicherheiten der restlichen Welt nicht teilen müssen. Die Probleme waren immer Welten entfernt. Das Gefühl der Sicherheit ist am 11. September 2001 dem Gefühl der Angst gewichen. Die Anschläge haben gezeigt, dass auch die modernsten Abfangjäger nichts gegen ein entführtes Passagierflugzeug ausrichten können, das wie ein Marschflugkörper seinem Zielobjekt entgegensteuert. Selbst eine geringfügige Manipulation kann unsere Gesellschaften in ein Chaos und eine menschliche Katastrophe stürzen. Die westliche Zivilisation und ihr Menschenrechtsverständnis beruht im Prinzip auf dem Grundgedanken, dass das Recht auf Leben das höchste Gut des Menschen ist. Doch was ist, wenn Menschen bereit sind, das Leben für ein noch höheres Gut zu opfern? Menschen, die sich an den Rand gedrängt fühlen, die bereit sind, ihr Leben für eine bessere Welt zu geben, bringen unser Rechtssystem in arge Bedrängnis. Unser ganzes Strafrecht ist schachmatt gesetzt.

**Wie sind in diesem Zusammenhang die militärischen Strafaktionen oder Vergeltungsschläge der USA zu bewerten?**

**Benjamin R. Barber:** Mit der Art und Weise, wie die politisch Verantwortlichen im Weißen Haus der terroristischen Herausforderung begegnet sind - ob mit ihren kriegerischen Aktionen oder mit ihrer Erhöhung der inneren Sicherheit -, haben sie genau jene Angst heraufbeschworen, welche die wirksamste Waffe des Terrorismus ist. Die Bush-Administration legt eine rücksichtslose Militanz an den Tag, in dem offenbaren Bestreben, ein Imperium der Angst zu errichten, furchterregender als alles, was Terroristen sich ausdenken können. Mit ihrer Drohung, alle Widersacher zu entwaffnen und ihre Feinde, aber auch ihre Freunde durch Schock und Einschüchterung unter ihre globale Vormundschaft zu zwingen, haben sich die USA, die als Leuchtturm der Demokratie von aller Welt bewundert und beneidet wurden, urplötzlich zum von aller Welt gefürchteten Kriegsherrn gewandelt.

**Welche Auswirkungen hat die Doktrin des Präventivkriegs für die Welt?**

**Benjamin R. Barber:** Die Doktrin des Präventivkriegs hat nicht nur außen-, sondern auch innenpolitische Implikationen. So wie sie traditionelle Paradigmen der Selbstverteidigung außer Kraft setzt und ein aggressiveres Vorgehen nach außen erlaubt, vermag sie rechtsstaatliche Garantien auszuhöhlen und ein aggressiveres Vorgehen im Innern möglich zu machen. Seiner ursprünglichen Doktrin nach sollten sich die präventiven Militäraktionen gegen bekannte Terroristen richten. Problematisch wurde dieses Vorgehen, als sich der Krieg gegen den Terrorismus zum Krieg gegen Staaten entwickelte. Übersehen wurde, dass Staaten ungeeignete Objekte für Präventivkriege sind, weil sie Teil eines internationalen Systems sind, das sich auf das Prinzip der Souveränität sowie auf die gegenseitige Verpflichtung gründet, auf das Mittel des Krieges zu verzichten, es sei denn zur Abwehr einer Gefahr, die so unmittelbar droht, dass ein präventiver Angriff sich als antizipierende Selbstverteidigung rechtfertigen ließe.

Die Taten von Terroristen sind sichtbar, die Terroristen selbst aber nicht unbedingt. Auch wenn man die Terroristen kennt, ist ihr Aufenthaltsort nicht bekannt. Terroristen sind schwer aufzuspüren und mindestens ebenso schwer zu besiegen, da sie sich mit Leichtigkeit der Bekämpfung und dem Zugriff entziehen können. Die Verlagerung der Aufmerksamkeit von nicht-staatlichen Terroristen auf „terroristische Staaten“, die das Prädikat „Schurkenstaaten“ erhalten, gründet auf der Einsicht, dass sich Terroristen, die in unzugänglichen Berghöhlen und unbekanntes Mietwohnungen leben, weder durch intelligente Bomben noch durch gut ausgebildete Infanteristen noch durch atomare Abschreckung in die Knie zwingen lassen. Die militärische Überlegenheit der USA kommt nur dann zum Tragen, wenn der Gegner mit Waffen desselben Typs kämpft, aber zahlenmäßig und technologisch unterlegen ist.

**Trotz der hoch technisierten Waffensysteme, die die USA in die Lage versetzen, Länder, die sie als Feinde betrachten, fast nach Belieben zu zerschmettern, behaupten Immanuel Todd und Immanuel Wallerstein, die Vormacht der Vereinigten Staaten befinde sich bereits im Schwinden. Welche Chancen und Probleme ergeben sich aus dem imperialen Status?**

**Benjamin R. Barber:** Während die Vereinigten Staaten von Amerika eine unangefochtene globale Hegemonie im militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich besitzen, haben sie Schwierigkeiten damit, die Kontrolle über ihre eigene Wirtschaft zu bewahren. Die weltweite Vernetzung sorgt dafür, dass Kapital, Arbeitsplätze und Investitionen überall hingehen können, ohne sich um die nationale Souveränität der USA scheren zu müssen. Die beispiellose Macht schwächt die Stellung der USA ebenso, wie sie sie stärkt, denn sie kostet sie die Zuneigung derjenigen, über die sie ihre schützende Hand halten. Sie macht Verbündete

renitent und sorgt dafür, dass sich in die Furcht derer, denen sie mit militärischer Intervention drohen, ein Stück Verachtung mischt. Hinter ihrer beispiellosen Macht verbirgt sich eine beispiellose Verwundbarkeit, denn um die Machtpositionen abzusichern, über die sie bereits verfügen, müssen die USA die Reichweite ihrer militärischen Macht immer wieder vergrößern und befinden sich so fast per definitionem im Zustand der Überdehnung.

Die USA verfügen über die Mittel, Streitkräfte in aller Welt zu stationieren und mehrere Kriege gleichzeitig zu führen, sind aber nicht in der Lage, ihre höchste militärische Befehlszentrale, das Pentagon, oder die Kathedralen des Kapitalismus in Manhattan zu schützen, weil die Interdependenz den Schwachen die Chance eröffnet, die Kräfte des Starken gegen diesen selbst zu wenden. Weil die nahezu unsichtbaren, eigentlich über keine Macht verfügenden Kräfte, die den Terrorismus steuern, nicht Staaten sind, sondern sich verflüchtigen und in unterschiedlicher Gestalt an vielen Orten wieder zum Vorschein kommen können, sind sie von der furchterregenden militärischen Macht der USA nicht sehr beeindruckt. Die US-amerikanische Militärmacht kann ganze Länder ausradieren, aber terroristische Zellen und ihre Führer lassen sich auf diese Weise nicht ausschalten. Wir leben in einer Zeit, in der selbst die Sicherheits- und Freiheitsbestrebungen der mächtigsten aller Nationen zum Scheitern verurteilt sind, wenn sie auf eigene Faust handelt und sich ausschließlich auf ihre militärische Macht verlässt.

### **Was ist zu tun?**

**Benjamin R. Barber:** Ich setze mich ein für die präventive Demokratie, die zwei gleich wichtige Komponenten beinhaltet: zum einen eine militärische und nachrichtendienstliche Komponente, die man mit der Formel „Präventivkrieg gegen nichtstaatliche Gegner“ charakterisieren könnte. Bei dieser begrenzten Variante eines Präventivkrieges werden ausschließlich terroristische Individuen, Zellen, Netzwerke oder Organisationen und ihre Ausbildungslager und Waffendepots ins Visier genommen und vernichtet. Die zweite Komponente ist das globale Bemühen um den Aufbau demokratischer Strukturen, was nicht verwechselt werden darf mit dem Bestreben, den Kapitalismus zu exportieren und/oder neue Märkte für die globale Wirtschaft zu erschließen. Eine Welt, die ihre zwischenstaatlichen Beziehungen auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene demokratisch regeln würde, wäre verhältnismäßig immun gegen die Gefahren, die aus krassen Ungleichheiten oder bitterer Armut resultieren, und daher weniger anfällig für systembedingte Gewalt. Mit der Realität der globalen Interdependenz konfrontiert haben wir zwei Optionen: Entweder wir besiegen den negativen Auswuchs der Interdependenz in Form des Terrorismus durch die gewaltsame Durchsetzung einer auf militärischer Macht beruhenden globalen Friedenssicherung. Oder wir ebnen einer positiven Interdependenz den Weg durch die Demokratisierung der Welt.

**Was sind die Grundpfeiler der westlichen Demokratie, die es für andere Kulturen erstrebenswert machen, ihr zu folgen? Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit Demokratie entsteht?**

**Benjamin R. Barber:** Demokratien wachsen von innen nach außen und von unten nach oben, sie wachsen langsam und nur dort, wo die Menschen um sie kämpfen, wo staatsbürgerliche Traditionen und Institutionen entstehen und ein Geist der Verantwortung für das Gemeinwesen gepflegt wird. Letzteres wächst vorwiegend auf der Grundlage von Erziehung und Bildung. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass die Form des „nation building“, die die USA in Ländern wie Afghanistan und Irak betreiben, automatisch Demokratie schafft. Jedem, der sich mit Geschichte beschäftigt, müsste klar sein, dass es nicht funktioniert, einem Land die Demokratie mit Waffengewalt aufzuzwingen oder in den Nachwirren eines An-

griffskrieges aufzudrängen, selbst wenn dieser Krieg ausdrücklich im Namen der Freiheit und eines gut gemeinten Regimewechsels geführt worden ist. Demokratie kann nur dort erfolgreich Fuß fassen, wo eine nach Freiheit strebende Bevölkerung sich mit Leidenschaft für sie engagiert, nicht dort, wo wohlmeinende ausländische Vormünder sich großzügig herablassen, Freiheit zu gewähren. George Packer hat aufgezeigt, dass von achtzehn von außen erzwungenen Regimewechseln, an denen die USA im Verlauf der letzten hundert Jahre beteiligt waren, nur fünf in eine demokratische Entwicklung mündeten. Der kurze und schnelle Weg zur Demokratie führt oft nicht zum Ziel, sondern lässt eine zu schnell und ungeduldig vorangetriebene Entwicklung leicht entgleisen.

**Wie beurteilen Sie die These von Samuel P. Huntington, dass Demokratie und Islam einander so unvereinbar gegenüberstehen, dass eine Demokratisierung in Ländern der islamischen Welt höchst unwahrscheinlich und sogar unmöglich ist?**

**Benjamin R. Barber:** Religiöse Staaten schließen die Demokratisierung einer Gesellschaft ebenso wenig aus, wie säkulare Staaten sie garantieren. Die Wege, die zur Demokratie führen, sind zahlreich, keine Nation besitzt ein Monopol darauf. Der Ökonom Amartya Sen hat sich kritisch mit der Behauptung auseinandergesetzt, Asien sei in einem engen Korsett autoritärer Werte gefangen. Er hat darauf hingewiesen, dass offenbar in jeder Kultur die Menschen gern miteinander diskutieren und streiten, und dass sie es tun, wann immer sie die Möglichkeit dazu haben. Deshalb wird es auch im Hinblick auf die Erlangung von Freiheit und Demokratie produktiver sein, aus den vorliegenden Traditionen und Institutionen zu schöpfen, als dem Vorbild anderer Länder nachzueifern und wichtige politische Instrumente von außen zu importieren. Freiheit hieß früher, frei zu sein von Unterdrückung, Freiheit hieß Demokratie. Heute wird Freiheit immer mehr gleichgesetzt mit der Freiheit, Handel zu treiben, mit wirtschaftlicher Freiheit. Doch freie Märkte bedeuten keine Demokratie, im Gegenteil, sie können das Ende der Demokratie einläuten.

Islamische Gesellschaften, die durch lange Zeiträume der Unterdrückung zurückgeworfen worden sind und nicht die kulturelle Reife besitzen, um aus sich heraus moderne politische Institutionen aufzubauen, werden meiner Ansicht nach eine oder zwei Generationen benötigen, um sich in die demokratisierte Welt einzureihen. Sie werden also bedeutend weniger Zeit brauchen, als England, Frankreich oder die USA gebraucht haben, um ihre einstmals engstirnigen christlichen Monokulturen zu demokratisieren und zu domestizieren. Sie werden dahin kommen, aber nicht nach einem von den USA vorgeschriebenen Fahrplan.

**Wie viele Formen kann die Demokratie annehmen?**

**Benjamin R. Barber:** Die Gründerväter der Vereinigten Staaten ließen von Anfang an keinen Zweifel daran, dass die amerikanische Republik ein „Experiment“ sein würde, etwas, das sich immer wieder neu bewähren muss. Die Formen, die die Demokratie annehmen kann, sind ebenso vielfältig wie die Kämpfe, durch die sie errungen wird. Deshalb ist das Ziel derer, die sich eine demokratischere Welt wünschen, nicht die Herstellung von „Demokratie“ im Singular, sondern das Gedeihen von „Demokratien“ im Plural. Es gibt nicht die westliche Demokratie, sondern es gibt westliche Demokratien. Die Durchsetzung und Bewahrung der Demokratie ist ebenso schwierig wie die Durchsetzung und Bewahrung aller vornehmen menschlichen Bestrebungen.



**Die Vereinigten Staaten gelten als der Inbegriff der demokratischen Gesellschaft. Wie ist es vor dem Hintergrund des begründeten Verdachtes, dass es bei der Wahl George W. Bushs zum Präsidenten zu Manipulationen gekommen ist, um die Demokratie in den USA bestellt?**

**Benjamin R. Barber:** Bill Bradley, einer der demokratischen Kandidaten, die in den Vorwahlen zur Präsidentenwahl von 2001 geschlagen wurden, stellte einmal fest: „Um in den Kongress gewählt zu werden, braucht man eine Million, um in den Senat gewählt zu werden, zehn Millionen, und um zum Präsidenten gewählt zu werden, hundert Millionen US-Dollar.“ Dies bedeutet, dass die Kandidaten entweder sehr reich sein müssen oder sich von sehr Reichen abhängig machen, wenn sie gewählt werden möchten. Dies ist ein großes Problem der Demokratie im Zeitalter des modernen Kapitalismus. Schlimmer wirkt die Tatsache, dass nur ein Viertel des demokratischen Wählerpotenzials überhaupt den US-Präsidenten wählt. Das kommt zum einen dadurch, dass schätzungsweise nur knapp die Hälfte derjenigen, die das Recht haben zu wählen, sich in die Wahllisten eintragen lässt. Hinzu kommen die Nichtwähler; nur etwa die Hälfte derer, die registriert sind, geht tatsächlich zu den Urnen. Nimmt man also die Gesamtheit der Wählerschaft, zieht davon die Hälfte ab, die nicht registriert ist, und von der verbleibenden Zahl wiederum die Hälfte, die nicht zur Wahl geht, bleibt nur ein Viertel übrig, das überhaupt den Präsidenten wählt. Und dieser erhält seinerseits oft nicht einmal die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Am Ende wird der Präsident von zehn, zwölf Prozent der Wählerschaft gewählt.

**Die geringe Wahlbeteiligung scheint einem Grundprinzip der US-amerikanischen Demokratie zu widersprechen, das Alexis de Tocqueville in den frühen dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts tief beeindruckt hat, nämlich dem hohen Grad der Partizipation der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten. Ist die geringe Wahlbeteiligung ein Indiz für den Anfang vom Ende der Demokratie?**

**Benjamin R. Barber:** Nun, man muss sehen, dass die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten nur ein Teilaspekt des demokratischen Lebens in den USA ist. Das Interesse der Bevölkerung an lokalen Wahlen ist im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen wesentlich größer. Zur Wahl stehen dort Kandidaten für ein breites Spektrum von Aufgaben, von der Leitung der Schulen bis zum Polizeipräsidenten, vom Richter bis zum Sheriff. Gemeindewahlen und Teilnahme an der Bürgergesellschaft charakterisieren die US-amerikanische Demokratie viel deutlicher als das politische Leben auf bundes- oder einzelstaatlicher Ebene.

**Der Nationalstaat hat die Demokratie hervorgebracht und unterstützt. Lässt sich die Globalisierung demokratisieren? Werden die USA womöglich Demokratie global diktieren? Welche Chance gibt es für die demokratischen Institutionen, auf internationaler Ebene Fuß zu fassen?**

**Benjamin R. Barber:** Es gibt Anzeichen für eine im Entstehen begriffene öffentliche Weltmeinung. Noch vor einer Generation kaum hörbar, äußern sich heute Staatsbürger in kollektiven und gleichwohl übernationalen Formen spontan und vernehmbar zu Themen, die weit über den lokalen und nationalen Rahmen hinausreichen. In der so genannten Anti-Globalisierungsbewegung, die man treffender als Bewegung für eine „demokratische Globalisierung“ bezeichnen sollte, gelang es internationalen Gruppierungen wie Attac, die Aufmerksamkeit der Medien und alsdann auch internationaler Institutionen wie der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation zu erringen. Mit ihren Protestaktionen haben diese Bewegungen Politiker und Regierungen dazu gebracht, sich kritischer als bisher mit der Frage zu befassen, welche Auswirkungen internationale Handelsabkommen, spekulative Kapitalströme und Entscheidungen von Banken auf

die Wirtschaft marginalisierter Menschen haben, die bis heute in den Machtzirkeln der Welt über keine Stimme verfügen.

Es gibt zahlreiche weitere national und international tätige Organisationen und Vereinigungen, Gruppierungen und zivilgesellschaftliche Institutionen, denen als Ziel eine Welt vorschwebt, in der Frieden und Freiheit aus Rechtsstaatlichkeit und Zusammenarbeit hervorgehen. Darunter sind Gruppen wie Human Rights Watch und Amnesty International, die sich als Wächter und Anwälte von Menschenrechten verstehen und die gezeigt haben, dass eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine reale Möglichkeit ist.

**Wenn wir über Globalisierung sprechen, meinen wir meist die ökonomische Globalisierung, also den Handel mit Kapital, Währungen, Waren, Arbeitsplätzen und Dienstleistungen. Wie könnte die bürgerliche Globalisierung aussehen?**

**Benjamin R. Barber:** So lange wir Demokratie nicht globalisieren oder die Globalisierung demokratisieren können, werden wir in einer globalen Anarchie, in globaler Unordnung leben. Wir haben bisher die Laster und Vergehen dieser Welt globalisiert - Verbrechen, geistiges und körperliches Elend, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel, darin eingeschlossen den Handel mit Atomwaffen, und zu unserem Erschrecken auch den Terrorismus. Wir sind aber daran gescheitert, unsere Tugenden zu globalisieren - unsere Toleranz, unsere Demokratie, unseren Sinn für Fairness und den Glauben an Gerechtigkeit. Um Demokratie globalisieren zu können, brauchen wir etwas wie eine globalisierte Bürgerschaft. Die Weltbürgerschaft ist aber nicht so einfach zu schaffen. Sie darf nicht abstrakt sein, sondern muss ein globales Zugehörigkeitsgefühl vermitteln. Manche glauben, dass es zur globalen Demokratie nur Rechtsinstitutionen, eines Internationalen Gerichtshofs und vielleicht einer Weltverfassung bedarf - aber ohne Bürger sind das nur ein paar Blätter Papier. James Madison sagte einmal, die amerikanische Verfassung sei nur ein Blatt Papier. Jefferson betonte, dass eine Demokratie ohne Bürger niemals funktioniert. Im Kern geht es also darum, die Frage zu beantworten, wie man die Weltbürger schafft, die globale Demokratie erst möglich machen. Das ist eine sehr viel schwierigere Aufgabe.

**Wie sieht der Beitrag Europas zu einer neuen Weltordnung aus?**

**Benjamin R. Barber:** Die EU nimmt als regionale und transnationale Einheit eine Art Mittelposition zwischen Nationalstaat und globalen Institutionen ein. Die EU ist, was Wirtschaft und Währung angeht, sehr erfolgreich, was Verwaltung und Technokratie angeht, relativ erfolgreich, und hat sich, was Demokratie angeht, bisher sehr schlecht angestellt. Was bedeutet es denn, ein europäischer Bürger zu sein, wenn Staatsbürgerschaft verstanden wird als französische, italienische oder auch als baskische, katalonische oder bayrische Bürgerschaft? Viele der antieuropäischen Rechtsparteien sträuben sich gegen die Technokratie und das Demokratiedefizit der EU. Wenn wir schon Probleme damit haben, uns ein demokratisches Europa vorzustellen, wie schwierig ist es dann erst, sich eine demokratische Welt vorzustellen. Grundvoraussetzung für Demokratie ist Bürgerschaft, Grundvoraussetzung für Bürgerschaft ist Mitgliedschaft, und für eine Mitgliedschaft muss man sich erst einmal einer gemeinsamen Identität bewusst sein.

**Woher soll eine gemeinsame europäische Identität kommen, ganz zu schweigen von einer globalen Identität?**

**Benjamin R. Barber:** Die Europäer müssten mehr zusammenarbeiten, um die europäische Idee mit Leben zu füllen. Zurzeit tun sie alles, was wichtig ist, aber nicht als Europäer, sondern als Franzosen, Deutsche oder Italiener. Ein europäischer Freiwilligendienst, Zivildienst oder sogar ein europäischer Militärdienst würde ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl begründen. Gemeinarbeit ist eine sehr erfolgreiche Art und Weise, Leute zusammenzubrin-

gen, die andernfalls ganz unterschiedliche, voneinander abgegrenzte Identitäten haben. Deswegen sind auch NGOs wie die „Ärzte ohne Grenzen“ so wichtig: Sie handeln. Wenn man sich ansieht, wie zum Beispiel Armenier, Italiener, Kanadier und Venezolaner im Team zusammenarbeiten, um Erdbebenopfer zu retten und Hilfe zu leisten, dann findet man genau dort dieses Zugehörigkeitsgefühl, das die abstrakten Ideen von Europa und einer Weltbürgerschaft vermissen lassen. So lange es keine wahrhaft europäische Bürgerschaft, Aktivität und Gemeinarbeit gibt, werden sich nur sehr wenige Menschen realistischerweise als Europäer fühlen oder sich als solche bezeichnen. Was die Weltbürgerschaft angeht, trifft das sogar noch mehr zu. Kofi Annan kann vielleicht von sich behaupten, Weltbürger zu sein, und wir würden ihm das glauben - aber es gibt nicht sehr viele Leute, denen wir so etwas glauben würden. Die Herausforderung besteht nicht darin, eine abstrakte Identität zu entwickeln, mit der sich jeder theoretisch identifizieren kann. Sonst könnte ich sagen, dass alle Menschen Weltbürger sind, ob sie es wissen oder nicht, weil sie die Auswirkungen der Erderwärmung, globaler Krankheiten und Kriege spüren. Dann sind wir natürlich alle Weltbürger. Aber die Frage ist doch: Was brauchen wir, damit sich jemand selbst als Weltbürger betrachtet? Zurzeit gibt es auf jeden Fall nur wenige Möglichkeiten - sogar für jemanden wie mich, der das Konzept versteht -, sich als Weltbürger zu fühlen.

**Welche weltpolitischen Veränderungen müssten denn in Richtung Weltbürgerschaft vorangebracht werden?**

**Benjamin R. Barber:** Ich denke, das US-amerikanische Modell könnte hier nützlich sein, weil dieses Modell demokratische Beteiligung nicht an partikularistischen Elementen wie zum Beispiel Rasse, Sprache oder bei Geburt erlangte Identitätszugehörigkeit festmacht, sondern auf universellen Ideen gründet. Was wir langfristig brauchen, ist eine Art weltweite Zivilreligion, also das, was wir auf US-amerikanischer Ebene bereits haben. Wir brauchen einen Zivilglauben, der Blut, Identität und lokale Zugehörigkeit übersteigt und es den Menschen ermöglicht, sich um Prinzipien herum zu organisieren. Die Menschenrechtsbewegung geht schon ein bisschen in diese Richtung: Menschenrechte werden zu einer Idee, die Franzosen, Albaner, Türken und Amerikaner vereint, ohne dass sie dabei ihre jeweiligen nationalen Zugehörigkeiten aufgeben.